

Alarm bleibt weiter ungehört

Von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

Alle Sicherheitsbehörden warten darauf, dass in der Politik damit begonnen wird, jahrzehntelangen Investitionsstaus entgegenzuwirken und endlich die Zeitenwende für die innere Sicherheit einzuleiten.

Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender



Die Ereignisse der Silvesternacht in Deutschland geben keinen Anlass zur Entwarnung, im Gegenteil. Während die Politik sich noch stolz auf die eigenen Schultern klopft, weil die Polizei wieder einmal in einer ungeheuren Kraftanstrengung dafür gesorgt hatte, dass die großen Krawalle ausgeblieben waren, gehen in den Dienststellen die Planungen für die nächsten Großereignisse längst los. Weder den Einsatzkräften noch der Polizeiführung wird eine Ruhepause gegönnt; ob in der Hauptstadt oder in anderen Großstädten sind unzufriedene Gruppen schon unmittelbar zu Neujahr dabei, Massenproteste vorzubereiten und ihre Interessen lautstark auf die Straße zu bringen.

Wir alle kennen die wiederkehrenden Termine längst, an denen Dienstfrei- und Urlaubssperren möglich sein werden und in diesem Jahr wird die Fußball-EM ein zusätzliches „Highlight“ sein, leider nicht nur sportlicher Natur. Wachsende Terrorgefahren und besorgniserregender Antisemitismus, Kriminalitätsentwicklung und Gewalt auf unseren Straßen, allgemeine Proteststimmung im Land und verschiedene Wahlen mit ungewissem Ausgang, aber riesigem Protestpotenzial, warten auf uns.

Deutschland und seine öffentlichen Strukturen sind jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren worden, jetzt wird in der Polizei der Verschleißturbo gezündet – und nicht nur dort.

Weniger Misstrauen, Kontrollen, Beauftragte und „Studien“, dafür bessere Gesetze und Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten, moderne und einheitliche Technik, statt immer wieder neue Inselösungen und schwerfällige Föderalismusarroganz und nicht zuletzt bessere berufliche Perspektiven für Vollzugskräfte, Verwaltung und Tarifbeschäftigte – alles das braucht die Polizei jetzt, das

schließt ausdrücklich auch die Führungskräfte der Polizei ein, wenn der Polizeiberuf attraktiv bleiben soll.

Der Bundesjustizminister zündet den Turbo in die Gegenrichtung. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen soll drastisch erschwert und in der Praxis vermutlich bald komplett eingestellt werden. Überall Richtervorbehalte, Berichtspflichten, Dokumentationen und dauerhafte Kontrollen – Entbürokratisierung und Digitalisierung waren gestern, der Polizei sollen gesetzliche Hand- und Fußfesseln angelegt werden, weil es in der Bundesregierung ein tiefsitzendes, gestörtes Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden insgesamt gibt – und leider nicht nur dort.

Während die Europäische Kommission mit ihrem „Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der Organisierten Kriminalität“ den richtigen Kurs einschlägt und die Mitgliedsländer zum Mitmachen auffordert, geht Deutschland exakt in die andere Richtung: Teilweise Legalisierung von Cannabis auch im Straßenverkehr, Verharmlosung von Drogenkonsum und mangelnde Prävention einerseits und die konsequente Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur andererseits isolieren unser Land weiter und nutzen nur kriminellen Banden, Terroristen und Extremisten jeglicher Art.

Natürlich kann man mit Politik gegen die Sicherheitsbehörden einen Teil der eigenen, polizeifeindlichen Klientel eine Weile lang unterhalten, aber die Menschen merken schnell, dass etwas nicht stimmt. Sie vertrauen ihrer Polizei und immer weniger den politischen Parteien und ihren Repräsentanten. Bisherige Wahlergebnisse und Umfragen für künftige Wahlen müssten für sie eigentlich ein Alarmruf sein.

Bislang ist davon wenig zu spüren.